

WÄHLT FÜR EINEN HÖHEREN MINDESTLOHN FÜR EINE ÜBERNAHME NACH DER AUSBILDUNG GEGEN PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG



Die Situation der Beschäftigten in Deutschland ist bedauernswürdig. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor und sind gezwungen sich durch mehrere Jobs über Wasser zu halten. Aber auch die Beschäftigung in der Leiharbeit oder auch die Arbeit auf Abruf sind längst kein Einzelfall mehr und verbreiten sich immer mehr. Die üble Situation macht auch nicht Halt bei uns Jugendlichen.

Unsere Situation, also die der Jugendlichen in Deutschland, ist bitter! Besonders zu spüren kriegen es die Auszubildenden hier zu Lande. Die Politiker und die Parteien stellen klare Versprechungen und Anforderungen, wenn es um das Thema Jugend geht. Doch nur in der Umsetzung hapert dies meist. Unsere Forderungen müssen ernst genommen werden, denn fast 60 % der Auszubildenden kommen krank zur Arbeit und über die Hälfte sind durch schlechte Ausbildungsbedingungen stark belastet. Jeder zehnte Auszubildende übt im Betrieb ausbildungsfremde Tätigkeiten aus. Knapp die Hälfte der Auszubildenden schlägt sich noch in ihrem letzten Lehrjahr mit der Sorge um ihre Übernahme herum. Trotz einer abgeschlossenen Berufsausbildung blicken viele junge Menschen einer ungewissen Zukunft entgegen. Mehr als jeder Fünfte zwischen 15-24 Jahren hat eine befristete Beschäftigung. Wer einmal in der Ausbildung ist, schaut meist in einen leeren Geldbeutel. Die Ausbildungsvergütung liegt im Durchschnitt bei 717 Euro. Zieht man davon die Fahrtkosten zur Arbeitsstelle/Berufsschule ab, bleibt den meisten kaum noch etwas übrig. Der Traum vom Auszug aus dem Elternhaus bleibt für viele dann auch nur ein Traum. In vielen Arbeitszweigen bleibt die Vergütung jedoch unter diesem sowieso schon zu geringem Durchschnitt. Zum Beispiele bei der Ausbildung zum/zur Friseur/in mit einer Vergütung von 210-450 im 1. Ausbildungsjahr. Von einem selbstbestimmten Leben und der Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben sind viele junge Menschen mit so einem Lohn weit entfernt. Auch wird eine offen zugängliche Freizeitgestaltung wird uns beinahe unmöglich gemacht, den in vielen Städten stehen zahlreiche Jugendhäuser, Schwimmbäder und Kulturhäuser vor der Schließung. Das bedeutet für uns noch weniger Angebote, dabei brauchen wir noch mehr Raum für außerschulische Bildung und für mehr soziale Teilhabe.

Der Ausbildungsreport 2015 der DGB Jugend zeigt: besonders den Jugendlichen mit Migrationshintergrund fällt es schwer, einen Ausbildungsberuf ihrer Wahl zu finden. Vorurteile und ein diskriminierender Auswahlprozess erschweren den Weg in den gewünschten Beruf oder machen ihn unmöglich. Auch die Einführung des Mindestlohns hat das Leben vieler Jugendlicher nicht vereinfacht. Denn dieser enthält viele Lücken und Ausnahmen, die besonders Jugendliche benachteiligen. Denn wer unter 18 Jahren ist, hat generell keinen Anspruch

auf den Mindestlohn! Ebenso gilt der Mindestlohn für Langzeitarbeitslose, Ehrenamtliche und Praktikanten nicht. Auch die Situation der Beschäftigten in der Leiharbeit ist miserabel. Trotz gleicher Arbeit verdienen Leiharbeiter zwischen 34 und 60 % weniger als ihre festangestellten Kollegen. In Deutschland wurde schon die eine Millionen Marke der Leiharbeit überschritten.

Das ist die erschreckende Realität der Auszubildenden und jungen Arbeiter, die sich nicht den letzten Jahren verbessert hat. Ganz im Gegenteil: die Beschäftigungsverhältnisse werden immer schlechter. Doch unsere Forderungen sind klar und deutlich! Die Politik muss sich dessen bewusst werden und unsere Forderungen ernst nehmen und diese umsetzen. Ihnen muss bewusst werden: wir geben uns nicht zufrieden mit einem Mindestlohn von 8,84 Euro, der für die meisten von uns noch nicht mal gilt! Es müssen grundlegende Veränderungen stattfinden, denn die fehlende Investition in der Bildung von Jugendlichen macht sich auch deutlich in den schimmelnden Berufsschulen. In der Bevölkerung macht sich ein Gefühl der Ungerechtigkeit und Hilflosigkeit auf. Diese stärken Parteien, wie die rechtspopulistische AfD. Deutlich wurde dies nicht zuletzt bei den vergangenen Wahlen in mehreren Bundesländern. Gerade die Beschäftigten wählten die Partei, die die Situation der Beschäftigten weiter verschärfen möchte. Wir dürfen es nicht zulassen, dass durch eine erstarkende AfD rechtspopulistische Forderungen salonfähig werden. Für uns ist klar, die AfD ist nicht unsere Alternative! Wir brauchen eine Politik, in der unsere Interessen ernst genommen werden und nicht für rechte Propaganda ausgenutzt werden. Wir brauchen eine Politik, in der die soziale Kluft zwischen Arm und Reich nicht größer wird und wir brauchen eine Politik, die die Interessen der Menschen in den Vordergrund stellt, statt die der Banken und Konzernen.

Mit deinen Problemen und Sorgen in der Ausbildung bist du nicht alleine. Das verdeutlichen die Zahlen. Dir sollte auch bewusst sein, dass wir nur gemeinsam etwas bewegen können und deswegen ist es besonders in dieser Zeit, in der die Bundestagswahlen anstehen, wichtig gemeinsam klare Forderungen an die Politik zu stellen und uns für unsere Ziele gemeinsam einzusetzen.

